

SPOTLIGHT

Im Dialog mit Holger Schulze



Vernunft wagen.

Prof. Dr. Holger Schulze ([FDP](#)) Mitglied des Erlanger Stadtrats und Oberbürgermeisterkandidat für die Kommunalwahl am 8. März 2026 im Dialog mit Florian Eschstruth vom Bayerischen Elternverband ([BEV](#)).

ESCHSTRUTH: Herr Schulze, Sie sind für die FDP im Stadtrat und wollen im März Oberbürgermeister von Erlangen werden. Sie haben ein Buch zur Kommunalwahl geschrieben mit dem Titel „Erlangen, das Klima und die StUB.“ Worum geht es in dem Buch?

SCHULZE: In dem Buch beschreibe ich, wie es aus meiner Sicht zu der Haushaltskrise in Erlangen kommen konnte, und wichtiger, wie man wieder herauskommen könnte. Ich beginne beim Klimanotstand, gehe über die Stadt-Umland-Bahn (StUB) und komme dann zur Haushaltskrise. Am Ende beschreibe ich, was ich zur Überwindung der Krise machen würde, sollte ich Oberbürgermeister werden.

ESCHSTRUTH: Dann greife ich mal gleich zwei Themen aus dem Buch auf. Wie kam es zur Haushaltskrise und was würden Sie als Oberbürgermeister machen?

SCHULZE: Aus meiner Sicht ist unsere Haushaltskrise die Folge einer städtischen Politik, die wenig vorausschauend über Jahre hinweg falsche Prioritäten gesetzt hat, in denen die Belange der Wirtschaft kaum Beachtung fanden. Beispiel Klimaschutz: Hier hatte man oft das Gefühl, dass jede Maßnahme befürwortet wurde, wenn sie auch nur irgendwie dem Schutz des Klimas dienen könnte. Kosten-Nutzen-Rechnungen, die es im Klimafahrplan ja sogar gibt, wurden bei der Priorisierung der Maßnahmen ignoriert: Die Frage, bei welchen Maßnahmen man für den eingesetzten Euro die größte CO2-Einsparung erzielen würde spielte keine Rolle. Zweites Beispiel die StUB. Hier bekommen wir seit Jahren nicht einmal aktualisierte Kostenschätzungen, auch dieses Projekt soll durchgezogen werden, koste es, was es wolle. Ob die Stadt sich das leisten kann und was alles über Jahre nicht mehr umsetzbar sein wird, etwa Schulsanierungen, wenn die StUB wie geplant umgesetzt wird: irrelevant! Und dann natürlich der immer noch unverständliche Umstand, dass Kämmerer und OB die immensen Gewerbesteuerrückzahlungen, die wir seit 2024 zu leisten hatten, angeblich nicht haben kommen sehen. Wenn das so war, fehlt es offenkundig an einem intensiven Dialog mit der Wirtschaft vor Ort, was dann auch erklärt, wieso man deren Bedürfnisse so lange ignoriert hat, bis Teile davon in andere Kommunen abgewandert sind und uns so diesen Einbruch bei den Steuereinnahmen beschert haben.

Was wir also tun müssen, um aus der Krise wieder herauszukommen, ist neben weitere Einsparungen, insbesondere im über die letzten Jahre viel zu stark angewachsenen Stellenplan und dem Ausstieg aus der StUB, unsere Einnahmenseite wieder zu verbessern. Dazu will ich einen eigenen Referenten für Wirtschaft, getrennt von der Kämmerei einsetzen und einen Wirtschaftsbeirat, der den regelmäßigen Dialog mit der Wirtschaft sicherstellt, um so ein Debakel wie 2024 künftig frühzeitig abzuwenden. Auch fordere ich eine Absenkung der Gewerbesteuer in fünf kleinen, jährlichen Schritten von 10 Punkten: Dies würde anfangs keine großen zusätzlichen Belastungen für den Haushalt bedeuten, aber durch die Planungssicherheit für die Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes sofort verbessern und so Wachstum auslösen, dass die Einbußen durch die Senkung mittelfristig überkompensiert und so zu Mehreinnahmen führt. Das kombiniert mit meiner Idee der „Multi-Modellregion Erlangen“, in der es möglich sein soll, neue Ideen etwa im Bereich autonomes Fahren, einfaches Bauen oder neue Energien unbürokratisch umzusetzen, würde uns mittelfristig wieder finanziell handlungsfähig machen. Ich will ein Image für Erlangen in dem jeder weiß, wer Ideen hat und neue Wege gehen will, diese Wege beginnen in Erlangen!



Holger Schulze
Oberbürgermeister-
Kandidat Erlangen
FDP



Foto FDP

Kurzbiografie

- Jahrgang 1967
- seit 2007 wohnhaft in Erlangen; seit 2010 in Kosbach
- Neurobiologe an der HNO-Klinik Erlangen

Politik

- Mitglied der FDP seit 1999
- Vorsitzender des FDP-Kreisverbands Erlangen seit 2020
- Beginn der Stadtratstätigkeit 2020

SPOTLIGHT

Im Dialog mit Holger Schulze



ESCHSTRUTH: Bevor wir zum Thema Bildung kommen, würde ich gerne verstehen, woher das Geld für neue Investitionen kommen soll?

SCHULZE: Ohne einen genehmigten Haushalt – und davon sind wir aktuell weit entfernt – sind uns da weitgehend die Hände gebunden. Jede neue Maßnahme muss von der Regierung von Mittelfranken genehmigt werden. Ich befürchte daher, dass wir uns hier nur auf die Beseitigung von Sicherheitsrisiken und die Gewährleistung des Lehrplans werden konzentrieren können, und alles, was wir da tun werden, wird leider über zusätzliche Schulden finanziert werden müssen.

ESCHSTRUTH: Jetzt zur Bildung. Bei den sog. „Kontaktgesprächen“ der Bildungsverantwortlichen Erlangens mit Elternbeiräten und Schulleitungen sei jeweils die Botschaft gewesen - ich paraphasiere - wir haben kein Geld und können auch in absehbarer Zeit wenig bis nichts investieren. Die Bildungsexpertin und ehemalige Lehrerin Silke Müller bezeichnete solch einen System-Zustand als „charmante Ruinenverwaltung.“ Sehen wir einmal von der Begrifflichkeit ab. Wenn nichts investiert wird, wird Erlangen doch noch unattraktiver für Familien. Schon heute: Fehlende Ganztagesplätze. Fehlende Kitaplätze. Die Eichendorffschule, die Realschule am Europakanal, die Pestalozzischule und das Fridericianum sind Generalsanierungsfälle. Turnhallen sind undicht. Heizungen fallen aus. Alle Schulen sind angehalten 10-20% einzusparen. Müssten Sie nicht jetzt in die Bildungsinfrastruktur investieren, weil sonst Unternehmen erst gar nicht kommen?

SCHULZE: Da beschreiben Sie das Dilemma recht gut. Natürlich sind gute Schulen ein Faktor auch für die Ansiedlung neuer Unternehmen am Standort, aber eben nicht der einzige. Daher müssen wir durch eine gezielte Wirtschaftspolitik den Standort attraktiver machen, damit die Einnahmenseite bei der Gewerbesteuer wieder wächst und wir so aus der Haushaltskrise herauskommen. Was wir unbedingt vermeiden müssen, ist hier in eine Abwärtsspirale zu geraten, bei der die mangelnde Attraktivität des Standorts zu weiterer Abwanderung von Unternehmen (oder Verlagerung von Unternehmensteilen) und damit noch geringeren finanziellen Spielräumen für die Stadt führt.

ESCHSTRUTH: Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung tritt zu Beginn des kommenden Schuljahres im September in Kraft. Wie ist es um den Ganztag in Erlangen bestellt und was wollen bzw. können Sie bis dahin als Oberbürgermeister noch auf den Weg bringen?

SCHULZE: Vor dem Hintergrund dessen, was ich bereits gesagt habe, sehe ich hier kurzfristig keine zusätzlichen Spielräume, sollten wir keine neuen Mittel von Bund oder Land zugewiesen bekommen. Mehr zu versprechen wäre aus meiner Sicht unseriös.

ESCHSTRUTH: München hat sich für ein flexibles Ganztagesmodell entschieden. Alle Schulen werden auf eine Betreuungsquote von 100% ausgebaut. Bereits heute gibt es bei diesen Schulen eine Ganztagesgarantie und eine Betreuung von Montag bis Freitag bis 18:00 Uhr und in den Ferien. Es gibt auch ein pädagogisches Ganztageskonzept zur Qualitätsorientierung für die Schulen. Warum geht so etwas in München und in Erlangen nicht?

SCHULZE: Ich kenne natürlich nicht die Details des Münchner Haushalts, aber man darf sicher davon ausgehen, dass eine Kommune mit nahezu dreieinhalb Milliarden Euro Gewerbesteuereinnahmen – zum Vergleich, in Erlangen waren es 2024 gerade mal 71 Millionen – da größere Spielräume hat. Unabhängig davon ist aber natürlich all das auch eine Frage der Prioritätensetzung. In den Zeiten, in denen wir noch einen genehmigten Haushalt und damit freie Gestaltungsmöglichkeiten hatten, wurde aus meiner Sicht zu sehr (und vor allem ineffektiv) auf Klimaschutz und zu wenig auf die Schulen gesetzt, und jetzt, in Zeiten der Haushaltskrise, können wir das aus eigener Kraft leider kaum korrigieren.

ESCHSTRUTH: Die finanzielle Förderung pro Ganztagesplatz ist pauschaliert und somit dieselbe in München wie in Erlangen. Das hat mit der Größe der Stadt erstmal nichts zu tun. Wir haben uns dazu mit dem Referenten in München unterhalten und darüber auch [berichtet](#). Die Frage ist hier eher, warum entscheidet man sich in München Modellprojekte schon großflächig 2018 zu testen und Erlangen tut das nicht, oder eben zu spät? Man begann in Erlangen mit dem Modellprojekt an einer von 15 Grundschulen so spät, dass man 2024 nicht mehr von den Fördergeldern profitieren konnte. Warum wartet man so lange mit Entscheidungen? In München funktionierte es doch auch und steht heute nicht vor den Problemen beim Ganztag, die Erlangen hat. Die Hedenus-Schule mit 50 Ganztagesabsagen für Familien ist das beste Beispiel dafür.



Foto FDP

SPOTLIGHT



Im Dialog mit Holger Schulze

SCHULZE: Es stimmt natürlich, dass die finanzielle Förderung pro Platz in München dieselbe ist wie in Erlangen, aber natürlich sind die Kosten von Einrichtung zu Einrichtung verschieden. Es macht zum Beispiel einen Unterschied, ob die räumlichen Voraussetzungen für eine Ganztagsbetreuung bereits vorhanden sind oder erst geschaffen werden müssen. Dass man auch in Erlangen früher mit den Planungen hätte beginnen sollen, ist natürlich richtig. Da kann man nur versuchen, das künftig besser zu machen.

ESCHSTRUTH: 2024 berichtete die Stadt, dass der Umbau der Pöschke-Schule, der mit 17,5 Mio. € veranschlagt war, um 7,0 Mio. € teurer werde als geplant. Ich kenne die aktuellen Zahlen nicht, aber die Schule ist ja nur ein Beispiel von vielen Bauprojekten, der Frankenhof sei hier stellvertretend genannt. Wie kann es denn sein, dass man hier über 70% der Plankosten liegt? Klar sind städtische Bauten komplexer, aber es müsste doch auch eine Lernkurve geben?

SCHULZE: Solche immensen Kostensteigerungen sind leider in Deutschland eher die Regel als die Ausnahme – was ja auch ein wesentlicher Grund ist, warum wir die Kostenschätzungen für die StUB aus dem Jahr 2022 für untauglich halten. Der Frankenhof ist auch bei weitem nicht das krassste Beispiel, und da müssen Sie nicht nach Hamburg oder Stuttgart schauen: Die Kostenschätzungen etwa für unsere neue Hauptfeuerwache haben sich von den ersten Schätzungen von 12,5 Millionen inzwischen fast vervierfacht. Das liegt zum einen daran, dass in Detailplanungen oft spät Dinge zum Vorschein kommen, mit denen man nicht gerechnet hatte, z.B. wenn sich herausstellt, dass man für den Bau ganze Leitungssysteme im Untergrund neu verlegen muss. Unser Vergabesystem, dass in aller Regel dem günstigsten Anbieter den Zuschlag gibt, spielt hier sicher auch eine Rolle. Wichtig wird es bei künftigen Ausschreibungen sein, einen Generalunternehmer zu beauftragen, der dann die Verantwortung für das Gesamtprojekt trägt, und nicht seitens der Stadt alle Gewerke einzeln zu vergeben. Beim Anbau für das Emmy-Noether-Gymnasium geht die Verwaltung jetzt diesen Weg, und ich erwarte, dass wir hier bessere Erfahrungen machen werden.

ESCHSTRUTH: Bleiben wir beim Ganztag. Seit Jahren ist bekannt, dass die Hedenus - Grundschule ein Raumproblem hat. In diesem Schuljahr alleine fehlen 50 Ganztagesplätze. Eine Lösung gibt es bis heute nicht und wird es auch wahrscheinlich bis September nicht geben. Fördermittel werden nicht abgerufen, weil diese einen 50%igen Eigenanteil der Stadt voraussetzen, den Erlangen aufgrund der Haushaltslage nicht leisten kann. Wie wollen Sie den 50 Familien helfen?

SCHULZE: Hier kann man derzeit nur versuchen, im Dialog mit allen Beteiligten, also den Eltern, Schulen, Schulverwaltungsamt und der Regierung von Mittelfranken individuelle Lösungen im Einzelfall zu finden. Für manche Kinder kann das möglicherweise einen Platz in einem anderen Sprengel bedeuten, Räume finden sich aber vielleicht auch in der Nachbarschaft der Schulen, etwa in Gemeindezentren. Hier sind dann rechtliche Probleme zu lösen, etwa so banal erscheinende Dinge wie der Weg von der Schule zu dem Gemeindezentrum. Hier brauchen wir pragmatische Lösungen und ich hoffe hier auf das Entgegenkommen der Regierung von Mittelfranken.

ESCHSTRUTH: Gegeben den Umstand, dass man Eltern den Verdienstausschlag bezahlen muss, wenn eine Ganztagesplatz nicht angeboten werden kann, wären das alleine an der Hedenus – Schule bei einem durchschnittlichen Einkommen von 2.000 €, Strafzahlungen in Höhe von 100.000 € monatlich.

Und das ist nur eine von 15 Erlanger Grundschulen. Wäre das nicht ein Argument jetzt Geld für Investitionen zu bekommen, als mit dem Geld nur Strafzahlungen zu leisten, die keinen Mehrwert für die Infrastruktur schaffen?

SCHULZE: Absolut! Und daher denke ich auch, dass sich auf die Regierung von Mittelfranken pragmatischen Lösungen nicht verwehren wird, wenn es umsetzbar ist aber vielleicht nicht zu 100% der aktuellen Rechtslage entspricht. Auch Ansbach hat kein Interesse daran, Erlangen in den Ruin zu treiben.

ESCHSTRUTH: Ein Grund, warum es in Fürth eine Kita Vollversorgung gibt, ist, dass Fachkräfte vor Ort ausgebildet werden. Auch der Landkreis Erlangen-Höchstädt tut dies mit einer eigenen Akademie. Warum bildet Erlangen nicht selber aus, wenn man doch weiß, dass die Ausbildungsplätze die man sich bei den Akademien anmietet bei weitem nicht ausreichen?



Foto FDP

SPOTLIGHT



Im Dialog mit Holger Schulze

SCHULZE: Meiner Ansicht nach liegt das daran, dass man hier in der Vergangenheit die falschen Prioritäten gesetzt hat, als man das Geld dafür noch gehabt hätte. Zu viel Mittel sind zum Beispiel in Klimaschutzmaßnahmen geflossen, die ich für ineffektiv halte, in Doppelsubventionen, einen zu starken Personalaufwuchs u.s.w. Nun sind wir leider in der Situation, dass wir selbst dann, wenn wir neue Mehrheiten und damit neue Prioritätensetzungen im Stadtrat bekämen, die Mittel nicht mehr haben. Daher nochmal, oberstes Ziel des neuen OBs muss es sein, den Haushalt zu sanieren, sonst müssen wir über alles andere gar nicht erst reden.

ESCHSTRUTH: In meinem Interview mit Innenminister [Joachim Herrmann](#) hat dieser zur Erlanger Kitasituation folgendes gesagt. „Wir haben zum einen das Problem, dass Räume teilweise sogar leer stehen, weil sie mangels Personals nicht betrieben werden können. Zum anderen haben wir die Situation, dass die Stadt die Gebühren für die städtischen Kindergärten über mehrere Jahre extrem subventioniert hat.“ Warum hat man die Kitagebühren künstlich niedrig gehalten anstatt das Geld in eine nachhaltige Fachkräfteausbildung zu investieren? Die Konsequenz ist, dass die Gebühren jetzt um 50% erhöht werden, das Personal trotzdem fehlt und die Qualität dadurch niedriger ist, als in anderen Kommunen, wo man schon immer höhere Gebühren hatte.

SCHULZE: Hier teile ich die Kritik des Innenministers. Die Ungleichbehandlung gerade von den städtischen Kitas und denen in freier Trägerschaft haben wir unlängst erst scharf kritisiert und hatten beantragt, hier die Betreuungsschlüssel anzugleichen. Das hätte genau das Personal freigesetzt bei den städtischen Einrichtungen, um den Engpass bei den freien Trägern zu überwinden. Leider gab es dafür im aktuellen Stadtrat keine Mehrheit.



ESCHSTRUTH: Sinkende Schülerzahlen wurden immer wieder angeführt um notwendige An- und Umbauten zu verschieben oder gar nicht durchzuführen. Heute wissen wir, dass viele Zahlen so nie eingetreten sind. Bestes Beispiel ist die Pestalozzischule. Dort stehen heute Container obwohl das Schulverwaltungsamt schon 2018 um die Raumnot wusste. Entgegen der Prognosen sind die Schülerzahlen nicht um 12% sondern um 35% gestiegen. Wie kann man denn so massiv danebenliegen? Verstehen Sie wenn Menschen das Vertrauen in Politik verlieren, wenn Nichthandeln mit offensichtlichen Folgen zu weitaus größeren Problemen führt? Was wollen Sie anders machen?

SCHULZE: Das Problem mit Prognosen ist immer, dass sie falsch sein können, das liegt in der Natur der Sache. Auf der anderen Seite sind politisch Verantwortliche aber auch darauf angewiesen, ihre Entscheidungen auf Grund von Prognosen zu treffen. Wären die Schülerzahlen gesunken, hätte man der Politik Verschwendung vorgeworfen. Bessere Prognosen kann man immer fordern, aber garantieren kann man sie nicht.

ESCHSTRUTH: Durch die Haushaltslage wird vielfach diskutiert, ob die geplante Stadt-Umlauf-Bahn (StUB) noch Sinn macht bzw. erstmals andere Prioritäten setzen muss um als Stadt überhaupt funktionieren zu können. Viele Leute fühlen sich vor dem Bürgerentscheid nicht richtig informiert, wenn man bedenkt, dass u.a. ein Umsatzrückgang von Healthineers bereits im November des Vorjahres bei der Pressekonferenz durch den Wegfall der Coronaumsätze prognostiziert wurde. Wir [berichteten](#). Auch dass die Gewerbesteuersätze in Röthenbach und Forchheim niedriger sind, war bekannt. Thematisiert wurde dies aber erst wenige

Wochen nach dem Bürgerentscheid. War für Sie ein Gewerbesteuerückgang schon vor dem Bürgerentscheid absehbar?

SCHULZE: Wie bekannt sein dürfte, sind wir dafür, aus dem StUB-Projekt auszusteigen, weil wir die finanziellen Risiken, die da auf uns zukommen, in der neuen Haushaltslage für unkalkulierbar halten. Davor, dass die Gewerbesteuererinnahmen nicht immer so hoch bleiben würden wie in den Jahren 2020 bis 2023 haben wir und auch ich persönlich immer gewarnt. Dass dieser Fall schon so kurz nach dem Bürgerentscheid zur StUB kommen würde, war mir aber nicht klar, denn Sie werden hoffentlich von einem ehrenamtlichen Stadtrat nicht erwarten, dass er die Bilanzen aller großen Gewerbesteuerzahler in Erlangen verfolgt. Das wäre aber die Aufgabe der amtierenden OBs und des Kämmerers gewesen, so dass man sagen kann, entweder sie wussten es und haben es vor dem Bürgerentscheid verschwiegen, oder sie haben ihren Job nicht richtig gemacht. Jetzt bleibt uns leider nur noch der sehr viel teurere und auch rechtlich schwierigere Ausstieg aus dem Projekt, den ich aber dennoch für alternativlos halte.

SPOTLIGHT

Im Dialog mit Holger Schulze



ESCHSTRUTH: Im bto - [beyond the obvious](#) - Ökonomie Podcast waren Sie zu Gast zum Thema Kommunale Schuldenfalle (ab Minute 37). Der Host Daniel Stelter resümierte: „Erlangen ist ein Warnsignal, nicht weil dort besonders schlecht gewirtschaftet wurde, sondern weil dort sichtbar wird, was passiert, wenn hohe Ansprüche, schwaches Wachstum und politischer Opportunismus zusammentreffen.“ Gehen Sie da mit?

SCHULZE: Zu 100% ! Oder wie ich es in meinem Buch formuliert habe: „Die Erlanger Haushaltskrise ist die Folge einer städtischen Politik, die wenig vorausschauend über Jahre hinweg falsche Prioritäten gesetzt hat, in denen die Belange der Wirtschaft kaum Beachtung fanden.“

ESCHSTRUTH: Her Schulze. Ich danke Ihnen für das Gespräch.

SCHULZE: Sehr gerne Herr Eschstruth.

Subscribe to Spotlight: florian.eschstruth@bev.de

	Bayerischer Elternverband e. V. (BEV). <i>Der BEV steht allen Eltern in Bayern offen. Er ist gemeinnützig und an keine Konfession, politische Partei oder Schularart gebunden. <u>Werden auch Sie Mitglied unserer starken Gemeinschaft!</u></i>
Florian Eschstruth Vorstandsmitglied Mobil: +49 152 0429 1306 E-Mail: florian.eschstruth@bev.de www.bev.de/erlangen	Geschäftsstelle <i>Neben Arbeit und Familie sind wir Mo-Fr von 10 bis 18 Uhr für Sie da!</i> Egerlandweg 7, 83024 Rosenheim Tel.: +49 8031 7968743 Fax: +49 8031 7968756 E-Mail: info@bev.de www.bev.de



**Bayerischer
Elternverband**



mir mischen mit!